

Marcel Bois

Thälmanns Gegenspieler: Hugo Urbahns in der frühen Hamburger KPD

Es war eine kleine Sensation, die im September 1928 im Berliner Karl-Liebknecht-Haus geschah: Das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) trat zusammen und beschloss, den Parteivorsitzenden all seiner Funktionen zu entheben. Für einen kurzen Moment sah es so aus, als sei die politische Karriere von Ernst Thälmann beendet.

Der Grund für die drastische Maßnahme war eine Korruptionsaffäre innerhalb der Hamburger KPD. In deren Zentrum stand der Parteifunktionär John Wittorf, nach dem die Affäre später auch benannt wurde.¹ Der Fraktionsvorsitzende der Kommunisten in der Bürgerschaft hatte Gelder unterschlagen, die in der Sowjetunion für streikende deutsche Arbeiter gesammelt worden waren.² Thälmann, ein Freund und Förderer Wittorfs, wusste über den Vorgang Bescheid, versuchte ihn aber zu vertuschen.

Doch die Unterschlagung ließ sich nicht geheim halten, russische Seeleute berichteten Mitgliedern des Leninbundes davon. Die kleine linkskommunistische Organisation beauftragte daraufhin den Hamburger Georg Jungclas, weitere Recherchen anzustellen. Dieser wurde tatsächlich fündig, nicht zuletzt weil ihm Angehörige des Parteiapparats Materialien zuspielten.³ Schließlich veröffentlichte das Leninbund-Organ *Volkswille* die Details und stürzte die KPD damit in eine schwere Krise. Auf seiner September-Sitzung entmachtete das ZK nicht nur Thälmann, sondern schloss auch noch Wittorf und drei weitere Hamburger Funktionäre aus der Partei aus.

Doch wenige Tage später intervenierte Moskau. Auf Druck des sowjetischen Staats- und Parteichefs Stalin rehabilitierte die Kommunistische Internationale Thälmann.

- 1 Ausführlich zur Wittorf-Affäre bzw. zum »Thälmann-Skandal«, wie die Ereignisse ebenfalls bezeichnet werden: Hermann Weber/Bernhard H. Bayerlein (Hg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenz mit Stalin, Berlin 2003; Elke Reuter u. a. (Hg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation, Berlin 2003.
- 2 Offiziell waren es 1800 Mark, laut den Protokollen sogar 3000. Siehe Hermann Weber: Thälmann und Stalin, die KPdSU und die KPD, in: Weber/Bayerlein: Thälmann-Skandal (Anm. 1), S. 11–34, hier S. 18.
- 3 Siehe Rüdiger Zimmermann: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 136, siehe auch S. 139, Anm. 39: Offenbar erhielt der Leninbund über verschiedene ZK-Mitarbeiter seine Informationen. Außerdem: Der »Volkswille« über den »neuen Krach in der KPD«, 29. August 1928, in: Weber/Bayerlein: Thälmann-Skandal, S. 128–130. Zum Leninbund siehe auch Marcel Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen 2014.

Deren Exekutivkomitee erklärte am 6. Oktober 1928, dass der KPD-Vorsitzende mit der Vertuschung der Hamburger Vorgänge zwar einen Fehler begangen habe. Doch sei dies nur mit dem Ziel geschehen, Schaden von der Partei abzuwenden. Auch die KPD-Führung änderte nun ihre Meinung: 25 Mitglieder des ZK zogen ihre Zustimmung zur Funktionsenthebung Thälmanns zurück. Stattdessen rügte das Politbüro die Opposition dafür, dass sie den Fall ausgeschlachtet habe. Thälmann ging, so Hermann Weber, »stärker denn je« aus der Affäre hervor. Tatsächlich befanden sich schon bald nur noch seine Anhänger in der Parteiführung,⁴ womit die Stalinisierung der Partei weitgehend abgeschlossen war.⁵ Der Leninbund hingegen, der die Affäre aufgedeckt hatte, sollte in der Folgezeit in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Konflikt zweier unterschiedlicher Charaktere?

Die Wittorf-Affäre stellte die letzte Konfrontation zweier Männer dar, die sich schon länger unversöhnlich gegenüberstanden. Die Rede ist von Ernst Thälmann und Hugo Urbahns, der als Vorsitzender des Leninbundes an der Aufdeckung des Skandals beteiligt war. Die beiden kannten sich seit ihren gemeinsamen Jahren in Hamburg.

Hier der Volksschullehrer aus dem Spartakusbund, da der Hafenarbeiter aus der USPD: Das ungleiche Paar bestimmte in den frühen 1920er Jahren die kommunistische Politik in der Hansestadt. Thälmann war Vorsitzender der Ortsgruppe Groß-Hamburg, Urbahns des Parteibezirks Wasserkante, beide waren Abgeordnete der Bürgerschaft, Mitglied des Zentralaussschusses der KPD und Delegierte beim III. Weltkongress der Komintern im Sommer 1921.⁶ Schon damals habe es »manche eifersüchtige Reiberei« zwischen »diesen zwei so verschiedenen Personen« gegeben, schreiben Hermann Weber und Andreas Herbst.⁷ »Teddy gegen Hugo – Hugo gegen Teddy«, brachte auch das *Hamburger Echo* den Konflikt auf den Punkt.⁸

Nicht selten wird in der Forschungsliteratur der Gegensatz zwischen den beiden Führungsfiguren der Hamburger KPD darauf zurückgeführt, dass hier zwei sehr unterschiedliche Charaktere aufeinandergestoßen seien. Bei Joachim Paschen klingt das bei-

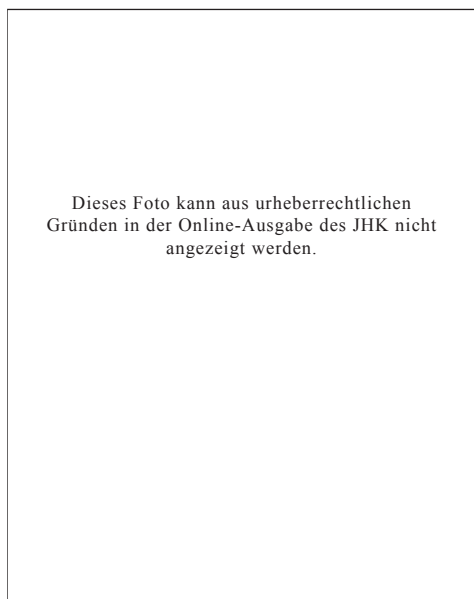
4 Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 210.

5 Siehe Weber: Thälmann und Stalin (Anm. 2), S. 30.

6 Ernst Thälmann wurde im Jahr 1919, noch als USPD-Mitglied, Bürgerschaftsabgeordneter und im Jahr 1921 Ortsgruppenvorsitzender. Hugo Urbahns gehörte seit Anfang 1920 der Bezirksleitung an und zog 1921 ins Landesparlament ein. Neben Thälmann und Urbahns nahm aus dem Bezirk Wasserkante noch Bernhard Karge am Kominternkongress teil. Siehe hierzu Norman LaPorte: Ernst Thälmann: The Making of a German Communist, 1886–1921, in: *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements*, Bd. 51 (2014), S. 127–158, v. a. S. 139 u. 151, Anm. 133.

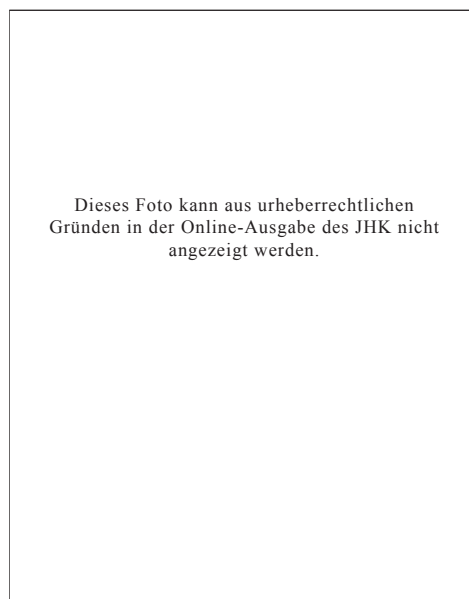
7 Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch, Berlin 2004, S. 811.

8 *Hamburger Echo*, Nr. 337, 6. Dezember 1927, zit. nach Joachim Paschen: »Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt«. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923, Frankfurt a. M. 2010, S. 237.



Hugo Urbahns als Abgeordneter der Kommunistischen Partei im Reichstagshandbuch von 1924.

Bayerische Staatsbibliothek München, BA/Germ.g. 390 c-1924, 1, a, S. 646, urn:nbn:de:bsb:12-bsb00000002-6



Ernst Thälmann, Aufnahme wahrscheinlich aus dem Jahr 1927.

BArch, Bild 183-H25375, Fotograf: o. Ang.

spielsweise so: »Der eine ein ungelenker und ungebildeter Draufgänger, der den Arbeitern vor den Betrieben und in den Kneipen imponiert; der andere ein scharfzüngiger und belesener Debattierer, dem das proletarische Gemüt fremd ist.«⁹ Es bedürfe »keines Psychologiestudiums«, schreibt Paschen weiter, »um schon vom äußeren Erscheinungsbild der beiden kommunistischen Vorkämpfer her festzustellen, dass ihre Charaktere es schwer miteinander haben: Urbahns hoch aufgeschossen und von asketischer Figur, Thälmann dagegen klein und stämmig, von Kraft ausstrahlender Statur. Der Dünne: Er wird nicht leicht warm mit anderen Menschen, die das Gefühl haben, er sieht über sie hinweg [...]. Der Dicke: Er macht sich schnell beliebt, ist wie ein richtiger Kumpel, der es beim freundschaftlichen Gelage allen recht macht [...]«¹⁰ Auch Richard A. Comfort sieht in Urbahns und Thälmann Repräsentanten zweier soziokultureller Strömungen, die sich in der ersten Hälfte der 1920er Jahre mehr oder weniger unversöhnlich innerhalb der KPD gegenübergestanden hätten: »[...] the schoolteacher Urbahns may be thought of as belonging to the group of intellectual Communists that centered around Paul Levi, Karl Radek, and Heinrich Brandler. [...] Thälmann, on the other hand, was an ex-sailor and dockworker, apparently rather inarticulate, but still very

9 Ebd., S. 20.

10 Ebd., S. 47.

effective ›proletarian‹ leader.«¹¹ Politisch seien die Unterschiede, schreiben Weber und Herbst, hingegen marginal gewesen. Sowohl Urbahns als auch Thälmann hätten dem linken Parteiflügel angehört.¹²

Gerade in Hinblick auf Urbahns erscheint das durchaus plausibel, war er doch ab Mitte der 1920er Jahre einer der prominentesten Vertreter der linken Opposition innerhalb der KPD. Doch für die Frühphase der Parteigeschichte ist dies keineswegs uneingeschränkt zutreffend: Während Thälmann damals tatsächlich zum linken Flügel gehörte, repräsentierte Urbahns zumindest in den Jahren 1921 und 1922 einen gemäßigeren Kurs. Wie im Folgenden zu zeigen ist, waren die Auseinandersetzungen zwischen beiden also keineswegs nur persönlicher Natur, sondern basierten auf unterschiedlichen politischen Einschätzungen. Zeitweilig nahmen sie die Form eines Fraktionskampfes an.¹³

Urbahns neue Heimat: Eine »rote« Hochburg

Über die Privatperson Hugo Urbahns ist nicht viel bekannt, vor allem aus den ersten dreißig Lebensjahren lassen sich nur wenige Daten und Fakten rekonstruieren.¹⁴ Am 18. Februar 1890 in Lieth bei Heide geboren, wuchs er als Sohn eines Müllers am Rande des Dithmarscher Bauerndorfs auf. Kurz nacheinander starben beide Eltern, sodass Urbahns mit elf Jahren zur Waise wurde. Wahrscheinlich lebte er seitdem bei einem Onkel. Später absolvierte er eine Lehrerausbildung und war ab Februar 1910 als Volksschullehrer im Kreis Hadersleben, in dem Städtchen Wesselburen und in Hamburg tätig. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs meldete er sich freiwillig beim Militär und

11 Richard A. Comfort: *Revolutionary Hamburg. Labour Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford 1966, S. 111.

12 Weber/Herbst: *Kommunisten* (Anm. 7), S. 811.

13 Die unterschiedlichen Haltungen von Urbahns und Thälmann wurden in bisherigen Arbeiten über die Hamburger KPD zwar gelegentlich erwähnt, doch nie ausführlicher analysiert: Comfort: *Revolutionary Hamburg* (Anm. 11), S. 116 f.; Angelika Voß: *Der »Hamburger Aufstand« im Oktober 1923*, in: dies. u. a.: *Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich*, Hamburg 1983, S. 9–54, hier S. 24. Ein Grund hierfür ist, dass ein Großteil der Literatur zur Hamburger KPD schwerpunktmäßig die Zeit nach 1922 behandelt, etwa auch Reinhard Müller: *»Rotes Arbeiter-Hamburg«*. Zur Politik der KPD 1924–1933, in: Ulrich Bauche u. a. (Hg.): *»Wir sind die Kraft«*. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 233–269; Paschen: *Wenn Hamburg brennt* (Anm. 8); Joachim Paschen: *Hamburg zwischen Hitler und Hindenburg. Die nationalsozialistische Machteroberung in einer roten Festung*, Bremen 2013.

14 Obwohl er oft in der Standardliteratur zur KPD-Geschichte auftaucht, ist Urbahns bislang in keiner Weise biografisch erforscht worden. Es existiert ein kurzer genealogischer Artikel: Rüdiger Urbahns: *Hugo Urbahns – Kommunist und »Revolutionär« in Hamburg und seine Vorfahren*, in: *Zeitschrift für Niederdeutsche Familienkunde* 74 (1999), H. 1, S. 207–209. Kurzbiografische Überblicke finden sich u. a. in: Weber/Herbst: *Kommunisten* (Anm. 7), S. 811 f.; Werner Röder/Herbert A. Strauss: *Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben* (= Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1), München u. a. 1980, S. 777; Jacques Droz: *L'Allemagne [Deutschland]* (= Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier international [Biographisches Handbuch zur internationalen Arbeiterbewegung], Bd. 7), Paris 1990, S. 484 f.

kam an die Front. Als Tbc-Kranker noch vor Kriegsende entlassen, arbeitete er wieder als Oberlehrer in Hamburg.

Urbahns neue Heimat war eine Hochburg der Arbeiterbewegung.¹⁵ Ihr ökonomisches Zentrum lag im Hafen, wo sich große Schiffbauer wie Blohm & Voss, Vulkan oder die Deutsche Werft angesiedelt hatten. Sie und ihre Zulieferbetriebe dominierten zweifellos die Wirtschaft der alten Hansestadt. Aber auch Unternehmen der Textil- und Nahrungsmittelindustrie oder der Arzneimittelproduktion, wie Beiersdorf, trugen dazu bei, dass Hamburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum zweitgrößten Industriestandort des Deutschen Reichs aufstieg. Anders als bei den Arbeiterhochburgen im Ruhrgebiet existierte hier aber noch ein weiterer wichtiger Wirtschaftszweig: Seit ihrem Beitritt zum Deutschen Zollverein in den 1880er Jahren hatte sich die Stadt zu einer der führenden Handelsmetropolen der Welt entwickelt. Hierbei spielte natürlich der Hafen ebenfalls eine zentrale Rolle.¹⁶

Schnell wurde Hamburg zu einer Bastion der Sozialdemokratie. Bei den Reichstagswahlen im ausgehenden 19. Jahrhundert erhielt die Partei dort häufig mehr als 50 Prozent der Stimmen und eroberte schließlich im Jahr 1890 alle drei Hamburger Reichstagsitze. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts konnte sie ihre Mitgliederzahl von 9226 (1904) auf 49 422 (1913) vervielfachen.¹⁷ Ihre Basis hatte die SPD in den zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben der Stadt. Nach Kriegsende drängten zunehmend auch Angestellte, Hausfrauen und Freiberufler in die Partei.¹⁸

Auch wenn einzelne Sozialdemokraten die »Burgfriedenspolitik« ihrer Parteiführung während des Krieges kritisierten, galt Hamburg doch insgesamt als »Hochburg der Regierungs- und Durchhaltesozialisten«, wie es in der *Leipziger Volkszeitung* hieß.¹⁹ Ein relevanter linker Flügel existierte hier weder vor noch nach 1914. Die wenigen Oppositionellen, die es in der Partei gab, waren zudem kaum in der Arbeiterschaft verankert. Vielmehr handelte es sich bei ihnen, geleitet von Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim und Carl Herz aus dem damals noch eigenständigen Altona, um einen kleinen Zirkel sozialistischer Intellektueller, der sich vor allem aus der Parteijugend rekrutierte.

Diese Hamburger SPD-Linke spaltete sich im Februar 1917: Eine Strömung um Carl Herz schloss sich der neu gegründeten USPD an, die andere wollte unabhängig sein und orientierte sich an den Bremer Linksradiكالen und den russischen Bolschewiki. Sie, die

15 Zur Frühphase siehe Helga Kutz-Bauer: »Der Bahn, der kühnen, der folgen wir, die uns geführt Lassalle«. Von der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Ulrich Bauche u. a. (Hg.): »Wir sind die Kraft«. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 31–45.

16 Siehe Werner Jochmann: Handelsmetropole des Deutschen Reiches, in: ders./Hans-Dieter Loose (Hg.): Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15–129, v. a. S. 18–27.

17 Siehe Comfert: *Revolutionary Hamburg* (Anm. 11), S. 26.

18 Siehe Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt a. M./New York 1986, S. 176.

19 *Leipziger Volkszeitung*, 19. Mai 1917, zit. nach Volker Ullrich: *Weltkrieg und Novemberrevolution. Die Hamburger Arbeiterbewegung 1914–1918*, in: Jörg Berlin (Hg.): *Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter*, Köln 1981, S. 181–208, hier S. 191. Siehe auch Friedrich-Wilhelm Witt: *Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933*, Hannover 1971, S. 19 f.

Hamburger Linksradi-kalen, hatten am Ende des Krieges etwa 100 bis 200 Anhänger in der Hansestadt. In ihrem Umfeld bewegte sich auch Hugo Urbahns, der schon seit 1912 in Kontakt mit sozialistischen Kreisen stand, sich jedoch stets von der SPD fernhielt.

Spaltung und Neuanfang

Mitglied einer Partei wurde Urbahns erst Ende Dezember 1918, als die KPD entstand. Zur Gründungsversammlung im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin kamen 127 Delegierte aus 56 Orten zusammen. Aus Hamburg waren Paul Frölich und Fritz Sturm delegiert.²⁰ Eine Teilnahme Urbahns ist nicht überliefert, doch soll er zu diesem Zeitpunkt schon dem Spartakusbund angehört haben.²¹

Die Euphorie unter den Teilnehmern des Parteitag war groß, aber sie konnte nicht verschleiern, dass in der neuen Partei sehr unterschiedliche politische Positionen vertreten wurden. Vor allem die Teilnahme an der Wahl zur Nationalversammlung und die Mitarbeit in den Gliederungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) waren umstritten. In der ersten Frage konnte sich die KPD-Führung um Rosa Luxemburg nicht durchsetzen, die Mehrheit der Delegierten entschied sich für den Boykott der Wahl. Über die Gewerkschaftsfrage wurde hingegen nicht abgestimmt. Doch auch hier zeigte sich, dass es einen starken linken, antigewerkschaftlichen Flügel gab, der von Laufenberg und Wolffheim angeführt wurde.

Unter deren Einfluss stand auch die Hamburger Ortsgruppe. Ein Grund dafür war, so Sigrid Koch-Baumgarten, dass es sich bei der KPD der Hansestadt um »eine ›junge‹ Bewegung« handelte, »die, keiner Tradition verbunden, nach neuen politischen und organisatorischen Formen suchte, so dass sowohl Vorstellungen der amerikanischen IWW, vermittelt durch Wolffheim, als auch der russischen Bolschewiki [...] schnell vorherrschenden ideologischen Einfluss gewannen«.²²

Der Konflikt zwischen Zentrale und linker Opposition schwelte derweil nahezu das gesamte Jahr 1919 lang. Während des II. Parteitages, der im Oktober in und bei Heidelberg tagte, kam es schließlich zum Bruch. Die Zentrale konnte sich dort zwar mit ihren Positionen durchsetzen. Aber der Preis war hoch: Zehntausende Kommunisten verließen in den kommenden Monaten die junge KPD und gründeten im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).²³ Auch nahezu die gesamte Hamburger

20 Siehe Hermann Weber (Hg.): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungs-parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin 1993, S. 318.

21 Siehe Weber/Herbst: Kommunisten (Anm. 7), S. 811.

22 Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18), S. 186.

23 Zum Heidelberger Parteitag siehe Marcel Bois/Florian Wilde: »Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion«? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 6 (2007), H. 2, S. 33–46. Noch bis zum 3. Parteitag im Februar 1920 bemühte sich die Parteiführung darum, die oppositionellen Bezirke zurückzugewinnen. Zur KAPD siehe: Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969.

Ortsgruppe verließ damals die KPD. Bei der entscheidenden Mitgliederversammlung im Februar 1920 stimmten von 300 Teilnehmern nur 30 für den Verbleib in der Partei. Einer von ihnen war Hugo Urbahns.²⁴

Gemeinsam mit Erna Halbe, Rudolf Lindau, dem ehemaligen Privatsekretär Laufenberg, und anderen machte er sich nun daran, die Parteiorganisation in der Stadt und im Bezirk Wasserkante neu aufzubauen. Die Gruppe umfasste »vor allem einen Teil des alten Kerns der Linksradiكالen aus dem Ersten Weltkrieg, der oppositionellen Jugendbewegung, die sich eng an die Bolschewiki und die Komintern anlehnten.«²⁵ Zunächst war die Rest-KPD jedoch ziemlich isoliert in der Stadt, bei der Reichstagswahl des Jahres 1920 stimmten nur 0,5 Prozent für die Kommunisten.

Doch das sollte sich bald ändern: Der linke Flügel der Hamburger USPD unter Ernst Thälmann näherte sich den Kommunisten an. Damals diskutierten im ganzen Reich die Unabhängigen über einen Zusammenschluss mit der KPD. Wasserkante gehörte zu den USPD-Bezirken, die sich am vehementesten dafür aussprachen. Schon bei den Delegiertenwahlen für den Leipziger Parteitag im November 1919 erhielten hier die Befürworter des Zusammengehens 75 Prozent der Stimmen. Im November 1920 wurde das Vorhaben dann konkret: Vertreter beider Parteien gründeten ein gemeinsames Aktionskomitee, das die Vereinigung der KPD-Bezirke Nord und Nordwest mit den USPD-Bezirken Wasserkante, Bremen und Schleswig-Holstein vorbereiten sollte.²⁶ Hier arbeiteten Thälmann und Urbahns – vermutlich zum ersten Mal – zusammen.

Im Dezember wurde der Zusammenschluss zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) dann offiziell vollzogen. Die lokalen Führungspersonen der neuen VKPD stammten überwiegend von den Unabhängigen, ebenso die Redakteure des Parteiorgans *Hamburger Volkszeitung*.²⁷ Polleiter des Bezirks Wasserkante wurde jedoch ein ehemaliger KPD-Mann, nämlich Hugo Urbahns. Der »rothaarige Blonde« (Emma Biermann)²⁸ stieg zugleich auch in die Zentrale der Gesamtpartei auf.²⁹

Wie andernorts wurde die Hamburger KPD durch die Vereinigung zur relevanten politischen Kraft. Ihre Mitgliederzahl stieg bis September 1922 auf 14 000 an.³⁰ Wasserkante gehörten insgesamt sogar 40 000 Genossen an, es war damit der viertgrößte KPD-Bezirk.³¹

24 Siehe Paschen: Wenn Hamburg brennt (Anm. 8), S. 19 f.

25 Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18), S. 189.

26 Siehe LaPorte: Ernst Thälmann (Anm. 6), S. 144.

27 Siehe Voß: Hamburger Aufstand (Anm. 13), S. 22.

28 »Er war anders als Ulbricht. Wolf Biermann spricht mit Emma Biermann, Hamburger Kommunistin«, in: Die Zeit vom 12. Januar 1979.

29 Siehe LaPorte: Ernst Thälmann (Anm. 6), S. 145.

30 Siehe Rundschreiben an die Ortsgruppen des Bezirks Wasserkante, 16. September 1922, Staatsarchiv (im Folgenden: StA) Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 354–356, hier Bl. 355. Zudem hatte Altona 2500 Mitglieder. Im April 1922 lag die Zahl der Mitglieder noch bei 11 000, siehe: Aus der KPD, 25. April 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 128 f.

31 Siehe LaPorte: Ernst Thälmann (Anm. 6), S. 145.

Auf dem linken Parteiflügel

Trotz des Ausscheidens der KAPD-Mitglieder war die Hamburger VKPD nun wieder eine Hochburg der Linken. Kurioserweise kam der neue Linksradikalismus über die USPD in die Partei. Repräsentiert wurde er von deren bisherigem Hamburger Vorsitzenden Ernst Thälmann, einem »stimmungs- und gefühlsmäßig« Radikalen.³²

Für die linke Haltung der ehemaligen USPD-Angehörigen macht die Historikerin Sigrid Koch-Baumgarten eine »sozio-kulturelle Spaltung« der Hamburger Arbeiterschaft verantwortlich.³³ Sie beschreibt damit das Phänomen, dass die Mehrheitssozialdemokratie eine dominante Stellung unter den Arbeitern der Stadt hatte, sich zugleich aber im Hafen ein ganz anderes Milieu entwickelte: Hier waren Organisationen, die links von SPD und ADGB standen, hegemonial – etwa die radikalen Gewerkschaften AAU und Deutscher Seemannsbund.³⁴ Auch etliche Mitglieder der USPD arbeiteten in den Werften.

Schon lange war der Hafen der Hort des Arbeiterradikalismus: Zehntausende waren in den dortigen Großwerften beschäftigt. Sie hatten im Winter 1896/97 reichsweit für Aufsehen gesorgt, als sie fast elf Wochen lang für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streikten. Über 16 000 Arbeiter beteiligten sich an dem Ausstand.³⁵ Auch während des Ersten Weltkriegs ging der Widerstand immer wieder vom Hafen aus. Die Novemberrevolution 1918 begann in der Hansestadt ebenfalls in den Docks – und der Linksradikale Laufenberg wurde Vorsitzender des Hamburger Arbeiterrats. In der Stadt hatte sich also »eine eigene radikale Tradition, eine von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Reformpolitik unabhängige Variante von Arbeiterpolitik« entwickelt, betont Koch-Baumgarten.³⁶

Aus dieser Tradition kommend radikalisierte sich die Hamburger USPD im Lauf der Zeit: Neben den harten sozialen und ökonomischen Bedingungen war hierfür auch die Politik der SPD verantwortlich. In Hamburg koalierte sie seit März 1919 mit der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und musste dabei einige Kompromisse eingehen, die sich gegen die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler richteten. Das Agieren der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung trug ebenfalls zur Radikalisierung der links stehenden Teile der Arbeiterbewegung bei. Reichswehrminister Gustav Noske arbeitete regelmäßig mit reaktionären Militär- und Freikorpskreisen zusammen, um Proteste und Aufstandsbewegungen in verschiedenen Städten niederzuschlagen. Auch in die Hansestadt ließ er mehrfach bei Erwerbslosen- und Hungerunruhen die

32 Hermann Weber: Das schwankende Thälmann-Bild, in: Peter Monteath (Hg.): Ernst Thälmann. Mensch und Mythos, Amsterdam/Atlanta 2000, S. 7–15, hier S. 8.

33 Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18), S. 186.

34 Siehe Klaus Weinbauer: Revolution im Hamburger Hafen. Kollektive Interessenvertretung zwischen Tarifpolitik und lokalen Ordnungen (1916–1924), in: Karl Christian Führer u. a. (Hg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920, Essen 2013, S. 195–209, hier S. 199.

35 Siehe Jochmann: Handelsmetropole des Deutschen Reiches (Anm. 16), S. 48. Insgesamt zur Entwicklung der Hamburger Hafentarbeiterklasse siehe auch Marina Cattaruzza: Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs, Stuttgart 1988.

36 Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18), S. 177.

Armee einmarschieren. »Die Reaktion darauf bekam«, schreibt Ursula Büttner, »auch die Hamburger SPD zu spüren, obwohl sie die Entscheidungen ihrer Genossen in der Reichsregierung als Kotau vor dem Militarismus oft scharf kritisiert hatte«. ³⁷ Auf Empörung stieß vor allem Noskes Haltung während der »Sülzeunruhen« im Sommer 1919. Er schickte die Truppen erst zu einem Zeitpunkt in die Stadt, als die Unruhen eigentlich schon abgeflaut waren. Angeführt wurden sie von General Paul von Lettow-Vorbeck, einem wegen seiner brutalen Kriegsführung berüchtigten ehemaligen Kommandeur der »Schutztruppe« in Deutsch-Ostafrika. Ähnlich wie dort gingen seine Soldaten nun auch in Hamburg mit äußerster Brutalität vor, mehrere Tote waren die Folge. ³⁸

Nicht nur in der Hamburger VKPD, sondern auch in der gesamten Partei stellte der Linksradikalismus zu dieser Zeit die Mehrheitsströmung dar. Durch die Vereinigung war die VKPD zur Massenorganisation mit über 300 000 Mitgliedern geworden. Berauscht von einem Gefühl der Stärke gingen Parteiführung und viele Mitglieder davon aus, dass es nur noch eine Frage der Zeit sein würde, bis sie die Macht übernehmen würden. Zum neuen Selbstbewusstsein trug zudem bei, dass die Kommunisten im Februar 1921 bei den Wahlen zum Preußischen Landtag gebietsweise enorm hohe Wahlergebnisse erzielten – vor allem in den mitteldeutschen Industriegebieten. ³⁹ In dieser Situation entwickelte die Parteiführung die sogenannte Offensivtheorie. Die Verfechter dieser Taktik argumentierten, dass eine kommunistische Massenpartei im Zuge des Zusammenbruchs des Kapitalismus die Massen durch radikale Aktionen »aufwecken« könne. Dies würde die Instabilität des Systems steigern und mehr Arbeiter zur Aktion treiben, bis schließlich der Kampf um die Macht auf der Tagesordnung stünde. Auch Hugo Urbahns war zu dieser Zeit ein Anhänger der Offensivtheorie. Er sah die »objektive Reife« für eine Revolution gegeben ⁴⁰ und mahnte, die Partei müsse ihre Angst vor dem Putschismus überwinden. ⁴¹ Diejenigen, die gegen revolutionäre Aktionen seien, sollte man am besten an die Front nach Sowjetrußland schicken. ⁴²

Entsprechend der Offensivtheorie plante die KPD-Führung für März 1921 einen Aufstand, dessen Zentrum in der mitteldeutschen Industrieregion um Halle und Merseburg liegen sollte. Obwohl sehr schnell deutlich wurde, dass die Erhebung scheitern würde, trieben die Kommunisten sie weiter voran. ⁴³ Das Unterfangen nahm bisweilen

37 Ursula Büttner: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Sechs Abhandlungen, Hamburg 1996, S. 17 f. Zum Vorherigen LaPorte: Ernst Thälmann (Anm. 6), S. 142.

38 Siehe hierzu die Darstellung von Uwe Schulte-Varendorff: Die Hungerunruhen in Hamburg im Juni 1919 – eine zweite Revolution?, Hamburg 2010.

39 Im Wahlbezirk Halle erhielt die KPD beispielsweise 197 000 Stimmen, die USPD 75 000 und die SPD lediglich 70 000. Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 127.

40 Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18), S. 192.

41 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), RY 1, I 2/1/6, Bl. 33. Ich danke Norman LaPorte herzlich für den Hinweis auf dieses Dokument.

42 LaPorte: Ernst Thälmann (Anm. 6), S. 147.

43 Zur Geschichte dieses als »Märzaktion« bekannt gewordenen Aufstandes siehe: Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18); Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–23, Düsseldorf 1973.

verzweifelte Züge an. Der von der Zentrale entsandte Hugo Eberlein erklärte den Genossen in Halle, sie müssten alle Mittel anwenden, um den Aufstand zu provozieren. Er schlug sogar vor, man solle kommunistische Büros in die Luft sprengen, sodass die Schuld der Polizei zugeschoben werden könne, um die Arbeiter aufzubringen.⁴⁴ Ähnlich kompromisslos waren die Parolen der lokalen Führung: »Provozieren um jeden Preis! Stürzt Straßenbahnen um, schmeißt Handgranaten ...!«⁴⁵ Doch der als »Märzaktion« bezeichnete Aufstandsversuch scheiterte kläglich. Hunderte Kommunisten wurden festgenommen, eine Handvoll sogar zum Tode verurteilt, die KPD zeitweilig verboten.⁴⁶ Zehntausende verließen danach die Partei.

Zeitgleich zu den Ereignissen in Mitteldeutschland versuchte auch die KPD in Hamburg einen Aufstand zu provozieren.⁴⁷ Für den 23. März rief sie zum Generalstreik auf und mobilisierte Arbeitslose, die an diesem Tag in die Werftbetriebe eindringen und die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit zwingen sollten. Doch die Stimmung in den Betrieben war gegen einen Ausstand, man hätte Gewalt anwenden müssen, um ihn durchzusetzen. Paul Frölich, der sich als Gesandter der KPD-Zentrale in Hamburg aufhielt, erkannte recht bald die Aussichtslosigkeit des Unterfangens: »Ich erschrak über die Leichtfertigkeit, mit der man an das Unternehmen heranging, versuchte, den Genossen klar zu machen, dass sie einfach einen Putsch inszenierten.«⁴⁸ Tatsächlich scheiterte die Aktion, die nicht einmal von allen KPD-Mitgliedern unterstützt wurde. Es gab schwere Zusammenstöße mit der Polizei in der Stadt, 19 Tote und zahlreiche Verletzte waren die Folge.⁴⁹

Hugo Urbahns gehörte zu den Unterstützern des geplanten Aufstands, er war Mitglied eines Aktionsausschusses, der diesen vorbereiten sollte. Doch während der entscheidenden Märztag rückte er von seiner Position ab. Frölich, der die Hamburger Genossen im Namen der Parteiführung aufforderte, das Unterfangen abubrechen, erinnerte sich später daran, dass ihn Urbahns hierbei unterstützt habe.⁵⁰ Auch Koch-Baumgarten berichtet, dass Urbahns Schlimmeres zu verhindern suchte. So habe er einige Kommunisten im letzten Moment davon abhalten können, das Bismarckdenkmal der Stadt zu sprengen.⁵¹

Wendung zur Einheitsfrontpolitik und Fraktionskampf

Nach der Märzaktion fand innerhalb der KPD eine ausgiebige Diskussion über dieses Debakel statt, die in einem Bruch mit der bisherigen Politik mündete. Der Kurswechsel wurde von den Debatten des im Juni und Juli 1921 stattfindenden dritten Weltkongres-

44 Chris Harman: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918–1923, Frankfurt a. M. 1998, S. 247.

45 Vorwärts, Nr. 558, 26. November 1921, zit. nach Angress: Kampfzeit (Anm. 43), S. 196.

46 Siehe Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18), S. 112 f.

47 Hierzu ebd., S.193–214.

48 Paul Frölich: Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890–1921, hg. von Reiner Tosstorff, Berlin 2013, S. 269.

49 Siehe Voß: Hamburger Aufstand (Anm. 13), S. 23.

50 Frölich: Im radikalen Lager (Anm. 48), S. 269.

51 Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde (Anm. 18), S. 200.

ses der Kommunistischen Internationale (Komintern) beeinflusst, an dem aus Hamburg Thälmann, Urbahns und Bernhard Karge teilnahmen.⁵² Auch dort erhielt die Auswertung der Märzereignisse viel Raum. Zudem kam die Internationale zu einer Neueinschätzung der globalen politischen Lage. Hatten die ersten beiden Kominternkongresse noch im Zeichen des Aufschwungs revolutionärer Kämpfe und der Hoffnung des baldigen Zusammenbruchs der kapitalistischen Staaten Europas gestanden, so gingen die Delegierten nun von einer vorübergehenden Stabilisierung dieser Gesellschaften aus.⁵³

In Deutschland brachen daraufhin führende Vertreter der Parteilinken wie Ernst Meyer mit der Offensivtheorie.⁵⁴ Sie entwickelten mit der Einheitsfrontpolitik eine der neuen Situation angepasste Taktik, setzten fortan auf außerparlamentarische Bündnisse mit den anderen Organisationen der Arbeiterklasse, allen voran mit der Sozialdemokratie. Die Idee hinter dieser Politik war: Wenn die Anhänger der SPD glaubten, dass ihre Partei für sie eintreten und echte Verbesserungen für sie durchsetzen würde, müsse die KPD in der Praxis zeigen, dass sie als einzige Kraft willens und in der Lage sei, solche Verbesserungen wirklich zu erreichen. Wenn die SPD etwa höhere Löhne verlange, müsse die KPD sie offiziell auffordern, einen gemeinsamen Kampf für dieses Ziel zu führen, und zwar vor allem durch außerparlamentarische Aktivitäten. Weigere sich die SPD, auf dieses Angebot zur Zusammenarbeit einzugehen, entlarve sie sich selbst vor ihren Anhängern. Sei sie jedoch zu gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen bereit, würden eben diese Aktionen den Arbeitern zeigen, dass sie durch ihre eigene Kraft viel mehr bewirken könnten als durch das passive Warten auf parlamentarische Entscheidungen. Das zentrale Element der Einheitsfrontvorstellungen war die radikalisierte Dynamik von außerparlamentarischen Kämpfen und Streiks. Nicht die Radikalität einer Forderung war entscheidend, sondern Ziele zu formulieren, die in gemeinsamen Aktivitäten gegen Staat und Bürgertum durchsetzbar waren.⁵⁵

Nicht alle Kommunisten machten diesen Schwenk mit. Ein Teil der Linken um Ruth Fischer lehnte die Einheitsfrontpolitik vehement ab.⁵⁶ Auch innerhalb der Hamburger KPD blieb dieser Flügel stark. Ihn repräsentierte vor allem Ernst Thälmann, der infolge der Märzaktion seinen Job verlor, Angestellter der Partei wurde und sich weiter radikalisierte.⁵⁷ Hugo Urbahns hingegen trennte sich zu dieser Zeit von den Linken. Er hatte

52 Siehe LaPorte: Ernst Thälmann (Anm. 6), S. 151.

53 Siehe Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921.

54 Siehe Florian Wilde: Ernst Meyer – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie, Diss., Hamburg 2011, S. 237 f.

55 Siehe hierzu Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin (Anm. 3), S. 126–134. Außerdem zur Einheitsfrontpolitik: Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit 1921 bis 1922, Berlin (Ost) 1971. Obwohl in der DDR erschienen, ist Reisbergs quellengesättigtes Buch bis heute eines der besten Werke zum Thema. Zur internationalen Dimension: *Toward the United Front. Proceedings of the Fourth Congress of the Communist International, 1922*, hg. und übersetzt von John Riddell, Leiden 2011.

56 Siehe Mario Keßler: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln u. a. 2013, S. 102 f.

57 Siehe LaPorte: Ernst Thälmann (Anm. 6), S. 149.

zwar noch im April 1921 auf einer Sitzung der Parteiführung die Märzaktion verteidigt.⁵⁸ Doch schon bald wurde er zu einem Anhänger des Einheitsfrontkurses der Zentrale – oder in den Worten Richard Comforts: Er vertrat nun den »more moderate wing« seiner Partei.⁵⁹

Tatsächlich belegen die Quellen, dass Urbahns in den kommenden zwei Jahren immer wieder die neue Politik gegen den linken Flügel in Hamburg verteidigte. So argumentierte er beispielsweise beim Parteitag des Bezirks Wasserkante im September 1921 für die »Herstellung der proletarischen Einheitsfront«.⁶⁰ Und als bei einer Betriebsräteversammlung im April 1922 Kritik am Einheitsfrontkurs aufkam, stellte sich Urbahns hinter die Haltung der Parteiführung.⁶¹ Ebenso unterstützte er vehement die Kampagne der KPD-Führung anlässlich des Mordes an Außenminister Walther Rathenau.

Der jüdische Politiker von der Deutschen Demokratischen Partei war am 24. Juni 1922 im offenen Fond seines Wagens durch mehrere Schüsse aus einer Maschinenpistole getötet worden. Die Täter stammten aus der rechtsradikalen »Organisation Consul«. Die Empörung über den Mord erfasste große Teile der Bevölkerung. Heinrich August Winkler meint, die Tat habe die Republik wie »kein anderes Ereignis seit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch« erschüttert.⁶² Spontan fanden mehrere Massendemonstrationen in Berlin statt. Für den 27. Juni – den Tag der Beisetzung Rathenaus – riefen die Gewerkschaften zu einem halbtägigen Generalstreik im ganzen Land auf. Die Kommunisten zogen daraufhin einen eigenen Aufruf für einen Generalstreik am 26. Juni zurück und schlossen sich jenem der Gewerkschaften an.⁶³ Große Teile der organisierten Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten beteiligten sich an dem Ausstand. In allen großen Städten fanden Demonstrationen statt, deren Gesamtteilnehmerzahl in die Millionen ging.⁶⁴

Am Tag der Beerdigung unterzeichneten die großen Arbeiterparteien und Gewerkschaften ein »Berliner Abkommen«, in welchem sie ein Gesetz zum Schutz der Republik forderten. Dieses Gesetz müsse das »sofortige Verbot und [die] strenge Bestrafung jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation« umfassen. Außerdem seien »Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen« ebenso notwendig wie das »Verbot der monarchistischen Farben und Fahnen«.⁶⁵

58 Siehe Keßler: Ruth Fischer (Anm. 56), S. 97.

59 Comfort: Revolutionary Hamburg (Anm. 11), S. 116; siehe auch Voß: Hamburger Aufstand (Anm. 13), S. 24.

60 Bezirks-Parteitag des Bezirks Wasserkante der Kommunistischen Partei Deutschlands, 25. September 1921, SAPMO-BArch, RY 1, I 3/16/1, Bl. 2–5, hier Bl. 2.

61 Bericht Nr. 18, 28. April 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 137–141, hier Bl. 138–140.

62 Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, 2., völlig durchgesehene und korrigierte Aufl., Berlin/Bonn 1985, S. 427.

63 Siehe Reisberg: Einheitsfrontpolitik (Anm. 55), S. 503.

64 Siehe ebd., S. 507.

65 Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft. Aufruf des ADGB, des AfA-Bundes, der SPD, der USPD und der KPD vom 27. Juni 1922, in: Januar 1922 bis Dezember 1923 (= Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 2), hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1966, S. 103–105, hier S. 104.

Das Bündnis hielt zwar nicht lange.⁶⁶ Dennoch hatte die KPD durch ihre Beteiligung zeigen können, dass sie – die eigentlich die Überwindung des Parlamentarismus durch eine Räterepublik anstrebte – entschieden für die Verteidigung der Republik gegen die extreme Rechte eintrat und bereit war, für dieses Ziel gemeinsam mit den anderen linken Kräften zu kämpfen.

Auch in Hamburg gingen die Kommunisten Bündnisse mit den anderen Arbeiterorganisationen ein. Auf Urbahns Einfluss ist es zurückzuführen, dass sie sich an einem Aufruf von SPD, USPD und Gewerkschaften beteiligten, weitere Protestaktionen gegen den Mord der Rechtsradikalen an Rathenau durchzuführen.⁶⁷ Bei einer Bezirkskonferenz berichtete er: »Bei der Bewegung anlässlich des Rathenauermordes ging das Bestreben der Bezirksleitung dahin, unter Wahrung des politischen Charakters der KPD selbst unter Zusammengehen mit dem ADGB, der SPD und der USPD die Massen zum Kampf gegen die Reaktion zu sammeln.« Das Unterfangen sei durchaus erfolgreich gewesen: »Der Einfluss der Partei ist dadurch, dass unsere Genossen zumeist sehr klar und einheitlich zu den Vorgängen Stellung genommen haben und das Hauptgewicht nicht auf die Erhebung von Forderungen, sondern auf die Maßnahmen zu ihrer Durchführung legten, erheblich gewachsen.«⁶⁸ Vom linken Flügel gab es dennoch Kritik. Urbahns Vorschlag, die Losung »Schutz der bestehenden Republik« auszugeben, ging dessen Anhängern nicht weit genug. So plädierte Thälmann dafür, dass man vielmehr eine Arbeiterregierung fordern müsse.⁶⁹ Überhaupt kritisierten die Linken während der Bezirkskonferenz, Urbahns habe »immer wieder versucht [...], die revolutionäre Bewegung abzustoppen«. Dieser verteidigte sich und warnte stattdessen vor einer »Isolierung der Partei«.⁷⁰

Keineswegs blieb es bei Wortgefechten auf Parteiversammlungen. Im kleinen Kreis wurde Urbahns auch mal deutlicher und diffamierte die Linken als »irregeleitete Arbeiter«, hinter denen »einige unzufriedene Bonzen der alten USPD« ständen.⁷¹ Die Quellen belegen zudem, dass im Jahr 1922 ein regelrechter Fraktionskampf in der Hamburger KPD stattfand. Die linke Opposition um Thälmann hatte ihre Hochburg im Stadtteil Barmbeck⁷² und war außerdem im Ortsvorstand sehr präsent.⁷³ Auch der benachbarte Distrikt Altona, »der von jeher der radikalste war und stets zur Leitung in Opposition stand«, zählte zu Thälmanns Unterstützern im Bezirk.⁷⁴

66 Siehe Wilde: Ernst Meyer (Anm. 54), S. 271.

67 Siehe Voß: Hamburger Aufstand (Anm. 13), S. 24.

68 Berichte zum Bezirksparteitag. Bericht der Bezirksleitung zum Bezirks-Parteitag der KPD, Bezirk Wasserkante am 30. September und 1. Oktober 1922, SAPMO-BArch, RY 1, I 3/16/3, Bl. 1–3, hier Bl. 1.

69 Paschen: Wenn Hamburg brennt (Anm. 8), S. 49.

70 Bericht Nr. 70, 4. Oktober 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 360–364, hier Bl. 360 f.

71 Bericht Nr. 22, 16. Mai 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 163–169.

72 So die Schreibweise bis 1946, seitdem: Barmbek.

73 Zur Opposition siehe beispielsweise: Bericht Nr. 18, 28. April 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 137–141, hier Bl. 141. Aus der KPD, 2. Mai 1922, ebd., Bl. 142 f.; Bericht Nr. 20: Tätigkeit der KPD in der Woche vom 2. bis 7. Mai 1922, 8. Mai 1922, ebd., Bl. 149–153, hier Bl. 152; Aus der KPD, 8. Mai 1922, ebd., Bl. 156 f.

74 Bericht Nr. 18, 28. April 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 137–141, hier Bl. 137 f.

Urbahns, der offenbar in enger Absprache mit dem ZK-Mitglied Wilhelm Pieck agierte, zählte unter anderem die Bürgerschaftsabgeordneten Hans von Borstel, Gerhard Rudolf Hommes, Fritz Esser und Walter Rühl zu seinen Verbündeten. Sie waren auch anwesend, als er Ende April 1922 »die ihm als unbedingt zuverlässig erscheinenden Anhänger zu einer intimen Besprechung« einlud, wie die Polizei berichtete. Urbahns wiederholte bei diesem Treffen den Vorwurf, dass es sich bei den Repräsentanten der Linken um »nicht mit einem Posten bedachte alte Führer der früheren linken USPD« handle. Ein anderer Teilnehmer betonte, Thälmann sei mit drei weiteren Genossen der »Hauptverschwörer«. Die Anwesenden berieten mögliche Maßnahmen gegen die Opposition – und verließen dabei gedanklich durchaus den Boden der innerparteilichen Demokratie. So forderte Hommes, die Linken durch den Nachrichtendienst beobachten zu lassen, während von Borstel sogar meinte, man könne sie nur durch Ausschlüsse »erledigen«.⁷⁵

Doch anders als zu späteren Zeiten der KPD-Geschichte blieben dies nur Gedankenspiele. Vielmehr beschlossen Urbahns und Genossen, nicht die Konfrontation mit dem von der Linken beherrschten Hamburger Ortsvorstand zu suchen, sondern sich aus diesem Gremium zurückzuziehen.⁷⁶ Dementsprechend existierte einige Zeit eine »balance of power« zwischen den beiden Flügeln. Die Gefolgsleute Urbahns' dominierten die Leitung des Bezirks Wasserkante, die Thälmann-Anhänger stellten die Führung in Hamburg. Dieses Gleichgewicht wurde beispielsweise bei einer Bezirkskonferenz im Herbst 1922 deutlich, bei der die Anwesenden einen Delegierten für den IV. Weltkongress der Komintern nominieren sollten. In der ersten Abstimmung erhielten Thälmann und Urbahns exakt die gleiche Stimmenzahl. Erst in der Stichwahl konnte sich Urbahns knapp durchsetzen.⁷⁷

Den Kampf verloren

Irgendwann im Lauf des Jahres 1923 vollzog Urbahns einen Sinneswandel und schloss sich wieder der reichsweiten linken Opposition um Ruth Fischer an. Doch selbst jetzt blieb er Thälmanns Gegenspieler: Denn auch der hatte anscheinend die Seiten gewechselt. Das legt zumindest ein Brief Heinrich Brandlers nahe, in dem dieser davon berichtet, dass Fischer und Urbahns eine schwere politische Niederlage erlitten hätten beim Versuch, die Opposition in Hamburg neu zu sammeln. Thälmann hingegen habe sich beim Bezirksparteitag »gut gehalten. Er hat in der Sache auf meiner Seite gestanden, obgleich er gegen Ruth und Urbahns nicht gesprochen hat.«⁷⁸

75 Bericht Nr. 18, 28. April 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 137–141, hier Bl. 141. Für ein weiteres Fraktionstreffen siehe Bericht Nr. 62, 07. September 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 334.

76 Siehe Bericht Nr. 22, 16. Mai 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 163–169, hier Bl. 169. Hommes und Rühl wurden dennoch in den Vorstand gewählt.

77 Siehe Bericht Nr. 70, 4. Oktober 1922, StA Hamburg, 331-1 I, 898, Bl. 360–364, hier Bl. 364.

78 Heinrich Brandler: Brief an die Exekutive der Komintern über die Situation in Deutschland und die Lage der KPD, 28. August 1923, in: Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 134–138, hier S. 135.

Selbst beim berühmten Hamburger Aufstand vom Oktober 1923 standen die beiden Kontrahenten für unterschiedliche Herangehensweisen. Während Thälmann bis zuletzt das isolierte Aufbegehren befürwortete, organisierte Urbahns – von der späteren Parteigeschichtsschreibung gerne verschwiegen – den geordneten Rückzug.⁷⁹ Dennoch wurde er als politischer Leiter des Aufstands in den folgenden Monaten polizeilich gesucht und musste untertauchen. Im Januar 1924 konnten die Behörden Urbahns schließlich stellen und klagten ihn als vermeintlichen Rädelsführer an.⁸⁰ Vor Gericht übernahm er die volle politische Verantwortung für den Aufstand und wurde am 18. Februar 1925 – seinem 35. Geburtstag – zu zehn Jahren Festungshaft verurteilt.⁸¹

Dank seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter wurde Urbahns zwar vorzeitig, nämlich am 26. Oktober 1925, entlassen. Doch bis dahin hatte Thälmann, mittlerweile schon Parteivorsitzender, seine Vormachtstellung im Bezirk Wasserkante ausbauen können. Zugute kam ihm, dass auch andere seiner Gegenspieler wegen ihrer Rolle im Hamburger Aufstand inhaftiert oder polizeilich gesucht worden waren, sodass er wichtige Positionen nun mit seinen Anhängern besetzen konnte.⁸² »Die KPD-Organisation der Wasserkante galt seither als eine der kominterntreuesten«, urteilt Ursula Büttner.⁸³

Das sollte sich auch bis zum Ende der Weimarer Republik nicht mehr ändern. »Der Bezirk Wasserkante ist der Ausgangspunkt der Thälmann-Fraktion im Reich«, berichteten im Februar 1931 zwei Oppositionelle in einem Brief an Leo Trotzki, »aus diesem Grunde ist es bisher noch keiner Fraktion gelungen, in Hamburg und im Bezirk [...] festen Fuß [...] zu fassen«. Die »gesunden Elemente von vor 1923« befänden sich »an der Peripherie der Partei«, seien »teilweise abgekämpft« und daher »organisatorisch schwer zu erfassen«.⁸⁴

Hugo Urbahns spielte in den Hamburger Auseinandersetzungen ohnehin keine Rolle mehr. Nach der Haftentlassung hatte er seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt⁸⁵ – und

79 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Geschichtsmythos Hamburger Aufstand – Thälmann und das Ende einer Ursprungslegende, in: *The International Newsletter of Communist Studies*, 10 (2004), Nr. 17, S. 45–48, hier S. 47. Siehe auch: Hugo Urbahns: In eigener Sache, in: *Fahne des Kommunismus*, 1 (2. Dezember 1927), Nr. 38, der sich gegen Thälmanns Vorwurf wehrt, er habe während des Hamburger Aufstands »in den Betten« gelegen. Des Weiteren zur Rolle Urbahns: Grigorij Sklovskij (»Babuskin«): Anschreiben zum Bericht an Grigorij Zinovev über den »Hamburger Aufstand«, 27. Oktober 1923, in: Bayerlein u. a.: *Deutscher Oktober* (Anm. 78), S. 264–273, v. a. S. 266 f.

80 Voß: *Hamburger Aufstand* (Anm. 13), S. 38.

81 Paschen: *Wenn Hamburg brennt* (Anm. 8), S. 234.

82 Insgesamt geriet die Hamburger KPD nach dem gescheiterten Aufstand in die Krise. Die Parteiarbeit wurde durch die Inhaftierung führender Mitglieder behindert, zudem waren zahlreiche Funktionäre untergetaucht. Voß: *Der »Hamburger Aufstand« vom Oktober 1923* (Anm. 13), S. 42.

83 Ursula Büttner: *Politik und Entwicklung der KPD in Hamburg*, in: Voß u. a.: *Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung* (Anm. 13), S. 55–108, hier S. 60.

84 Georg Jungclas und Karl Jahnke an Leo Trotzki, 1. Februar 1931, *Trotsky-Archive*, Houghton Library, Harvard University (im Folgenden: *TA Harvard*), Cambridge, Massachusetts, bMS Russ 13.1, 2104.

85 Im Juli 1927 hieß es in einem politischen Lagebericht der Polizei: »Es besteht hier zwar ein kleiner aktiver Stamm der Oppositionellen, dessen Tätigkeit aber durch scharfe Gegenarbeit der Bezirksleitung stark behindert ist und auch deshalb nicht an Boden gewinnt, weil der hiesige Hauptleiter der Bewegung, Urbahns, meist außerhalb Hamburgs weilt.« Georg Jungclas: *Von der proletarischen*

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Mitteilungsblatt der Linken Opposition der KPD: Die Zeitschrift erschien zwischen Januar und Mai 1927. Hugo Urbahns war ihr Herausgeber.

privat

führte von hier schließlich im Herbst 1928 seinen letzten Angriff auf Thälmann durch: Er brachte die Wittorf-Affäre ans Licht.

Fazit

»Wir sollten uns hüten, Schlagworte zu benutzen«, schrieb Franz Pfemfert einst an Trotzki und machte auf die Problematik aufmerksam, dass Akteure der kommunistischen Bewegung mit den Begriffen »links« und »rechts« gekennzeichnet wurden.⁸⁶ In der Tat seien diese Bezeichnungen alles andere als präzise, kritisiert auch die Forschung. Sie »verschleiern mehr, als sie erklären«, meinen Nicholas Kozlov und Eric D. Weitz.⁸⁷ Her-

Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. Eine politische Dokumentation. 1902–1975, Hamburg 1980, S. 49. Siehe auch Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.), Nr. 1, Anfang Januar 1927, auf dessen Titelseite »Hugo Urbahns, Berlin« als Herausgeber angegeben war. Ab Ausgabe Nr. 2, Mitte Januar 1927, befand sich dort ein Hinweis darauf, dass Überweisungen an Urbahns in »Berlin NW 87« zu tätigen seien (s. Abb.). NW 87 war die Kennziffer des Postamts Berlin-Hansaviertel. Auch in Urbahns Briefen an Trotzki aus dem Jahr 1929 ist Berlin als Absendeort angegeben, TA Harvard, bMS Russ 13.1, 5610-5625.

⁸⁶ Franz Pfemfert an Leo Trotzki, 30. September 1929, TA Harvard, bMS Russ 13.1, 4010.

⁸⁷ Nicholas N. Kozlov/Eric D. Weitz: Betrachtungen über die Ursprünge der »Dritten Periode«: Bucharin, die Komintern und die politische Ökonomie der Weimarer Republik, in: Theodor Bergmann/Mario Kessler (Hg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–43), Mainz 1992, S. 123–142, hier S. 139.

mann Weber spricht von einem »überzogenen Rechts-links-Schema innerhalb der kommunistischen Bewegung«. ⁸⁸ Klaus-Michael Mallmann fragt nach »dem Sinngehalt dieser Etiketten«. ⁸⁹

Die Analyse der Rolle, die Hugo Urbahns innerhalb der frühen Hamburger KPD spielte, bestätigt einmal mehr die Ambivalenz dieser Zuschreibung. ⁹⁰ Urbahns, der einer der führenden »linken« Kommunisten werden sollte, vertrat hier für einen Zeitraum von zwei Jahren Positionen, die innerhalb seiner Partei eher als »rechts« gebrandmarkt wurden. Diese inhaltliche Flexibilität war keineswegs ungewöhnlich, galt doch beispielsweise auch der spätere »Rechtsoppositionelle« Heinrich Brandler einst als Linker. Vielmehr verdeutlicht sie, dass die KPD in ihrer Frühphase noch keineswegs die dogmatische und undemokratische Partei war, zu der sie sich während der Stalinisierung entwickeln sollte.

Weniger Flexibilität als in seinen inhaltlichen Positionen zeigte Urbahns hingegen in seiner Feindschaft zu Ernst Thälmann. Während der gesamten Weimarer Republik blieben die beiden unversöhnliche Gegenspieler. Die unterschiedlichen Charaktere der beiden Hamburger Kommunisten spielten hierbei möglicherweise auch eine Rolle. Doch – das zeigen die Quellen – im Vordergrund standen stets politische Differenzen.

88 Hermann Weber: Trotzki und der Trotzismus, in: Ulrich Mählert u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, Berlin 2004, S. 379–390, hier S. 388.

89 Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 348.

90 Zur Problematik der Begriffe »rechts« und »links« innerhalb der kommunistischen Bewegung siehe auch Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin (Anm. 3), S. 101–106.

